

Globale Verantwortung lokal wahrnehmen!

Impulse zur Kommunalwahl 2024 in Baden-Württemberg

Kommunale Klimaschutzstrategien, Gleichstellungsmaßnahmen, Armutsbekämpfung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung müssen auch die globale Perspektive mitdenken.

Wir nehmen die Kommunalwahlen 2024 zum Anlass, auf die bedeutende Rolle hinzuweisen, die Kommunen bei der Umsetzung der 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals*, *SDGs*) der Vereinten Nationen spielen.

SDG 11 nennt explizit „nachhaltige Städte und Gemeinden“ als Ziel der Weltgemeinschaft. Global denken, lokal handeln – das muss auch die Maxime kommunalen Handelns sein.

Wir fordern die Parteien und Wahlvereinigungen im Land auf, sich in ihren Programmen zur Kommunalwahl 2024 zur globalen Verantwortung in der Kommunalpolitik zu bekennen und die künftigen ehrenamtlichen Gemeinde-, Stadt- und Kreisrät*innen darauf zu verpflichten.

Nachhaltige kommunale Beschaffung

Das Land Baden-Württemberg bekennt sich zu einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Konkrete Vorgaben enthält die Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge („VwV Beschaffung“¹). Die Kommunen im Land sollten sich diese Regeln zu eigen machen und bei ihrer Auftragsvergabe ökologische, soziale und menschenrechtliche Aspekte berücksichtigen.

Formulierungsvorschlag: „Wir setzen uns für eine nachhaltige Beschaffung in [Mustergemeinde] ein, die nicht nur den Preis, sondern auch Klima- und Umweltschutz, Ressourcenschonung, soziale Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte im Blick hat.“

Ein wichtiger Bereich kommunaler Beschaffung ist die Gemeinschaftsverpflegung, auch in den Schulen. Versorgungs- und Einkaufskonzepte, welche die globale Ernährungssicherheit einer wachsenden Weltbevölkerung mit Klima- und Umweltschutz verbinden sind, unverzichtbar (z.B. Planetary Health Diet).

Formulierungsvorschlag: „Wir setzen uns für eine Ernährungswende hin zu einer global gerechteren und klimaschützenden Ernährung ein, indem wir für die Verpflegung in unseren Kantinen, Kitas, Schulumenschen und Seniorenheimen verstärkt Lebensmittel aus fairem Handel, ökologischer, regionaler und saisonaler Produktion und nur wenige tierische Lebensmittel verwenden.“

Keine Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Das baden-württembergische Bestattungsgesetz ermächtigt die Kommunen im Land, in ihren Friedhofssatzungen ein Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verankern. Von dieser Möglichkeit sollten die Kommunen Gebrauch machen und das Verbot wirksam durchsetzen.

Formulierungsvorschlag: „Wir setzen uns dafür ein, dass in unsere Friedhofsatzung in [Mustergemeinde] ein Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit aufgenommen wird.“

¹ Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge: <https://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=VVBW-LReg-20180724-SF&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true>

Bildung für nachhaltige Entwicklung / Globales Lernen

Baden-Württemberg bekennt sich in seiner Bildungspolitik zu den Leitperspektiven „Nachhaltige Entwicklung“ und „Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ sowie zu Verbraucher- und Demokratiebildung. Kommunen sollten diese Anliegen unterstützen, indem sie bürgerschaftliches Engagement für die Eine Welt und Nachhaltigkeit unterstützen, eine feste Ansprechstelle dafür in der Verwaltung einrichten, Fairtrade-Town werden oder beim Aufbau außerschulischer Lernorte für globale und nachhaltige Verantwortung helfen.

Formulierungsvorschlag: „Wir setzen uns dafür ein, dass bürgerschaftliches Engagement für die Eine Welt und für Nachhaltigkeit durch die Gemeinde unterstützt wird. Insbesondere soll es in der Verwaltung eine feste Ansprechstelle dafür geben / unterstützen wir die Einrichtung eines Globalen Klassenzimmers / eines Welthauses / eines Hauses der Nachhaltigkeit / eines Reparatur-Cafés.“

Migrantische Teilhabe

Der Anteil von Menschen mit internationaler Geschichte im Gemeinderat ist vielerorts sehr gering, teils wegen fehlender Ansprache, sich zu beteiligen, teils wegen fehlendem Wahlrecht. Dabei können Menschen mit Migrationsgeschichte das kommunale Engagement für Nachhaltige Entwicklung bereichern, denn sie bringen die globale Perspektive durch ihre persönliche Lebensgeschichte ein.

Formulierungsvorschlag: „Wir setzen uns dafür ein, die Teilhabe von Menschen mit internationaler Geschichte in der Kommunalpolitik zu stärken, um die globale Perspektive im Engagement für nachhaltige Entwicklung einzubinden.“

Bei der Erstellung unserer Wahllisten für Gemeinderat und Kreistag achten wir neben Geschlechterparität auch auf die Repräsentanz hier lebender Migrantinnen und Migranten und aller Altersgruppen.

Kommunale Partnerschaften

Fast alle Kommunen pflegen eine Partnerschaft mit Kommunen in anderen europäischen Ländern. Nur wenige haben Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden und mit dem Fokus auf nachhaltige Stadtentwicklung und die Umsetzung der Agenda 2030, z.B. Klimapartnerschaft.

Formulierungsvorschlag: Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden kommunalen Partnerschaften auf die 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele auszurichten [oder „zu verpflichten“], um die Städte gemeinsam zukunftsfähiger und resilienter zu gestalten.

Stuttgart, im November 2023

DEAB, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. | Vogelsangstr. 62 | 70197 Stuttgart
www.deab.de | info@deab.de | Tel. 0711.6648 7328